

## LOGIK UND ETHIK DER FOLTER

Während der letzten zwei Jahrzehnte war Iberoamerika mit einer gewissen Regelmäßigkeit in der europäischen Presse und der der übrigen Welt präsent aufgrund der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die sich auf unserem Kontinent ereignet haben.

Dies ist nicht das erste Mal, daß Taten dieser Art in der Geschichte der Menschheit geschehen, noch wird es - fürchte ich - das letzte Mal sein, doch es liegt etwas zutiefst Verwirrendes in der Tatsache, daß die besagten Menschenrechtsverletzungen in äußerst systematischer Form durchgeführt wurden und inmitten einer Kultur, die in ihrem Innersten - wenigstens glaubten dies viele meiner Generation - ausreichend klare und kräftige moralische Vorstellungen zu bergen schien, um eine massive Reaktion gegenüber den willkürlichen Verhaftungen, der Folter, dem Verschwinden von Personen usw. hervorzurufen, d.h. gegenüber jener Konzentration von Taten gegen die physische und psychische Integrität von Hunderten von Menschen.

Da mein Fachgebiet weder die Rechtswissenschaft noch die Soziologie, die iberoamerikanische Geschichte oder die Politikwissenschaft, sondern die Philosophie ist, möchte ich von dort her an erster Stelle eine Erklärung für dieses oben erwähnte soziale Phänomen zu geben versuchen, die von mir so genannte "Logik der Folter". Zum zweiten möchte ich ihre versuchte moralische Rechtfertigung untersuchen. Dieses ist der Teil, den ich "Ethik der Folter" überschrieben habe. Er schließt mit einem Versuch, ein rationales Argument gegen diese verhängnisvolle Praxis zu entwickeln. Das Referat fängt also mit der begrifflichen Unterscheidung von Erklärung und Rechtfertigung an. Vorweg einiges zu dieser Unterscheidung.

Ein soziales Phänomen erklären heißt, eine Reihe von Gründen aufzudecken, die das Auftreten dieses Phänomens verständlich machen. Eine Erklärung schließt normalerweise keine Werturteile ein. Einer der wichtigsten Bestandteile einer Erklärung ist die Aufzählung der Motive, die die Urheber des in Frage kommenden Phänomens hatten.

Die Rechtfertigung dagegen kann es nicht unterlassen, Wertungen einzuschließen, denn ein soziales Phänomen rechtfertigen heißt Gründe dafür anführen, daß sein Auftreten gut oder zulässig ist.

Die beiden Typen von Gründen sind offensichtlich miteinander verflochten. Denn um die Taten einer Person oder einer Gruppe von Personen zu erklären, ist es zuweilen wichtig, die Gründe zu kennen, die sie sich selbst zu ihrer Rechtfertigung geben. Doch diese Rechtfertigung kann ihrerseits legitim oder illegitim sein, und wenn wir versuchen, die Frage kritisch zu entscheiden, sind wir schließlich ganz auf

dem Gebiet der Rechtfertigung von Taten, das heißt der Ethik, angelangt.

Zunächst also gebe ich einiges zur Erklärung von Menschenrechtsverletzungen zu bedenken.

## Logik der Folter

Warum foltert man? Wenn man diese Frage auf der Straße irgendeiner ibero-amerikanischen Hauptstadt stellte, war es nicht erstaunlich, eine Gegenfrage zu erhalten: "Von welcher Folter sprichst du eigentlich?", das heißt es bestand eine allgemeine Tendenz, das Phänomen selbst zu leugnen.

Ein Satz, den man häufig sogar im Munde von vernünftigen Leuten hören konnte, ist: "Das ist mir nicht bekannt". In gewissem Sinne haben diese Personen recht. Während der ersten Jahre der argentinischen Militärdiktatur gab es zum Beispiel keine öffentliche Gewißheit über die Verübung gewisser Verbrechen, einfach weil die Kontrolle der Presse und die Verschleierungsmittel es nicht erlaubten, daß diese ans Licht kamen. Aber sogar als sie begannen, ans Licht der Öffentlichkeit zu dringen, z.B. in Chile, dank der Stimme der katholischen Kirche, entstand nichts derartiges wie ein allgemeines Bewußtsein dessen, was geschehen war. Das "das ist mir nicht bekannt" verblieb im Munde von vielen.

In der Tat gab und gibt es auf diesem Gebiet ein doppeltes Spiel. Einerseits liegt im menschlichen Sein eine unbestreitbare Tendenz, vor sich selbst gewisse Dinge zu verleugnen - schmerzliche Dinge nämlich wie jene, die auf direktem Wege Schmerz verursachen oder jene, die einen indirekten Schmerz hervorrufen; den moralischen Schmerz, vor einem Gebot zu stehen und sich aus Schwäche oder Feigheit zu weigern, ihm zu gehorchen. In der Tat zielt das Wissen um bedeutende Verletzungen, die vielleicht dort geschehen, wo man selber lebt, zusammen mit der eigenen völligen Untätigkeit sicherlich dahin, einen moralischen Konflikt im Innersten des Bewußtseins zu schaffen.

Aber es fehlt nicht nur der Wille, etwas zu erfahren. (Um zu wissen, daß gefoltert wird, muß man ja einen positiven Versuch unternehmen, sich zu informieren). Hinzu kommt, daß Geheimhaltung zu dem Vorhaben der Folterer gehört. Aus Gründen, die wir etwas später kennenlernen werden, sind sie nicht bereit, ihre Taten publik zu machen.

Gleichzeitig aber ergibt sich das Paradoxon, daß die Folterer wollen müssen, daß man erfährt, was geschieht. Ein erstes erklärendes Element des Phänomens Folter ist in der Tat die Absicht auf Einschüchterung. Zum Teil foltert man, um Angst zu erzeugen und auf diese Weise die Aktivität von Individuen und Gruppen zu hemmen, die bereit wären, eine Haltung der offenen Opposition gegenüber jenen, welche die Folter als Instrument benutzen, einzunehmen. Um Angst zu erzeugen, müssen jedoch die Taten bekannt sein, vorzugsweise in vager oder übertriebener Form, um auf solche Weise die Vorstellungskraft der möglichen Oppositionellen in negativer Form zu beeinflussen.

Wo entspringt die Notwendigkeit, Individuen und Gruppen einzuschüchtern? Ich wage zu sagen, daß sie zum Teil aus dem Bewußtsein der Illegitimität der Regieren-

den hervorgeht. Dies erklärt seinerseits, daß der politische Brauch der Menschenrechtsverletzungen in Iberoamerika von 1964 an entstanden ist als eine Folge der Etablierung von Militärdiktaturen, die mittels Staatsstreichen an die Macht kamen. Offensichtlich kann man nur mittels der Vernunft oder des Zwanges regieren, das heißt auf Grund der freien Einigung eines wesentlichen Teils der Regierten oder durch Waffengewalt, die der Bevölkerung aufgezwungen wird. In diesem letzten Fall können die Regierenden nicht mit einer massiven Unterstützung der Bürger gegen die (sei es gewalttätige oder gewaltfreie) Opposition rechnen und erkennen innerhalb ihrer Logik, daß es wichtig für sie ist, jede oppositionelle Anstrengung im Keim zu ersticken. Die Herrschaft des Schreckens wird als ein geeignetes politisches Instrument empfunden.

Auch wenn die Absicht, die Bevölkerung einzuschüchtern, um die auf politischer Illegitimität basierende Schwäche wettzumachen, die Folter im allgemeinen erklärt, muß man auch in Betracht ziehen, daß die Folter unmittelbare Zwecke zu verfolgen pflegt. Wie es viele Zeugnisse von Opfern erweisen, ist die nächstgelegene Absicht eines Aktes der Folter, Informationen zu gewinnen. Es handelt sich gewiß um Informationen, die die Folterer als wichtig erachten und die der Gefolterte nicht freiwillig preisgeben will. Von daher resultiert die Notwendigkeit, seinen Willen durch physische oder psychische Druckmittel zu brechen, etwa durch die reale oder vorgetäuschte Folter des Ehegatten oder eines nahen Verwandten, die von demjenigen gesehen oder gehört werden soll, der vermeintlich im Besitz wertvoller Informationen ist.

Es handelt sich dabei vorrangig um Informationen bezüglich Personen, die sich dem Regime nicht nur mit gewalttätigen, sondern auch mit gewaltlosen Mitteln entgegensetzen. Irgendeine Angabe, die es erlaubt, sie zu identifizieren, sie ausfindig zu machen, sie zu behindern, sie in Verruf zu bringen usw. stellt den Folterer zufrieden, vor allem, wenn die Enthüllungen z.B. dazu führen, eine Zelle oder ein Netz von Zellen geheimer Oppositionsgruppen aufzuspüren.

Die Gier nach Information spitzt die Mißhandlung der Opfer bis zu einem Punkt zu, an dem, wie es mehr als ein Gefolterter formuliert hat, "es nichts Schlimmeres gibt, als nichts zu wissen". Die Folterer glauben ihm nicht (oder stellen in Windeseile die Unwahrheit der erfundenen Information fest) und verschärfen ihre Maßnahmen.

Bis hierher habe ich zwei Ziele der Folter erwähnt: Angst hervorzurufen und Informationen zu erhalten. Ihnen wäre die Anwendung der Folter als eine Form der Züchtigung oder Bestrafung für irgendeine angenommene oder tatsächlich vom Opfer begangene Tat hinzuzufügen.<sup>1</sup>

---

1 Cf. *Declaration on the Protection of All Persons from Being Subjected to Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment*, adopted by the United Nations General Assembly on 9 Dec. 1975: Art. 1: "For the purpose of this Declaration, torture means any act by which severe pain or suffering, whether physical or mental, is intentionally inflicted by or at the instigation of a public official on a person for such purposes as obtaining from him or a third person information or confession, punishing him for an act he has committed or is suspected of having committed, or intimidating him or other persons." (N. Rodley, *The Treatment of Prisoners under International Law*, Oxford/Paris 1987, S. 307).

Die Dinge so zu sehen, setzt voraus, die Folterer als höchst rational geleitete Wesen zu begreifen, die genau definierte Ziele verfolgen. Ich glaube, daß diese Vermutung angemessen ist, wie ich weiter unten zeigen werde. Ich möchte jedoch nicht die Funktion andersgearteter Motivationen, wie z.B. der Rache, beiseite lassen. Der Folterer kann so handeln, wie er es tut, aufgrund eines Gefühls, mit dem Feind abzurechnen, der ihm persönlich oder der Gruppe, mit der er sich identifiziert, Schaden zugefügt hat oder hätte zufügen können, wenn der Militärputsch nicht stattgefunden hätte, der in seinen Augen diese Gefahr beseitigt hat.

Die Rache basiert teils auf Vernunft und teils auf Leidenschaft, aber wir dürfen rein irrationale erklärende Elemente nicht ausschließen, das heißt wir müssen auch mit psychopathischen Persönlichkeiten rechnen, die bereit sind, aus simplem Sadismus zu foltern, aus dem Vergnügen heraus, Schaden oder Schmerz zuzufügen. Diese Erklärung wird in vielen Fällen auf einer bestimmten Ebene angemessen sein, nämlich auf der Ebene des Individuums, das tatsächlich die Elektroden anbringt oder die Zigarette auf der Haut des Opfers ausdrückt, aber sie erklärt nicht den systematischen und globalen Charakter des Unternehmens. Für dieses letztere müssen wir auf die Logik der Einschüchterung und der Information zurückgreifen.<sup>2</sup>

Wenn wir dies tun, gehen wir von der Vernunft der Folterer aus, wie ich eben zeigte, das heißt von der Fähigkeit, gewisse Ziele klar zu erkennen und die geeignetsten Mittel richtig abzuschätzen, um sie zu erreichen. Aber die menschliche Vernunft beschränkt sich im allgemeinen nicht nur auf den Bereich der Wirksamkeit, sondern erstreckt sich auch auf das Gebiet der Rechtfertigung. Wenn dies so ist, dann bleibt anzunehmen, daß diejenigen, die die Unternehmungen der Folter organisieren, auch die Fähigkeit besitzen müssen, nach ihrem Urteilsvermögen Gründe anzuführen, die das, was sie getan haben, rechtfertigen. Dies führt uns zu unserem zweiten Teil.

## Ethik der Folter

Wie rechtfertigen die Folterer die Folter?

Zunächst muß die Tatsache festgehalten werden, daß explizite schriftliche und veröffentlichte Rechtfertigungen sehr selten sind oder praktisch nicht existieren. Dies beruht darauf, daß im öffentlichen Diskurs in ganz Iberoamerika wie in der übrigen Welt das Bewußtsein der Illegitimität von Menschenrechtsverletzungen besteht. Zahlreiche Dokumente, Übereinkünfte, Abhandlungen und Erklärungen der

---

2 Die "Information über die Situation der Menschenrechte in Chile" der Interamerikanischen Kommission der Menschenrechte der Vereinigten Staaten (Washington, 1985), S. 99, behauptet, daß "die Praxis der Folter auch in vielen Fällen die Zusammenarbeit der betreffenden Personen mit diesen Organisationen zu erreichen versucht [Organisationen, die der Staat als eine Bedrohung seiner Sicherheit ansieht], mit dem Ziel, sie zu infiltrieren und vielleicht zu zerstören". Wenn auch die Anwendung der Folter, um Kollaboration zu erzwingen, ein wichtiger Fall ist, besteht jedoch kein Zweifel, daß es sich statistisch gesehen nur um eine geringe Zahl von Fällen handelt.

Vereinten Nationen und regionaler Organisationen beweisen dies.<sup>3</sup> Die Anwendung der Folter, das Verschwinden von Personen, die langwierigen Inhaftierungen ohne Prozeß usw. offen zu verteidigen, würde ein ziemlich verhärtetes Gewissen voraussetzen. Dennoch gibt es Versuche, diese Akte zwar nicht als vollkommen zulässig, wohl aber als etwas von der Notwendigkeit Diktiertes, als etwas Unabwendbares oder als ein kleineres Übel zu rechtfertigen. Dieser Typus von Rechtfertigungen definiert im allgemeinen nicht klar, um welche Taten es sich handelt, vielmehr beläßt er alles in einem gewissen Halbdunkel, das an das spanische Sprichwort erinnert: "Wer gut versteht, braucht wenig Worte".

Ich möchte hier die These vertreten, daß sich die Versuche der Rechtfertigung der Menschenrechtsverletzungen auf zwei Ebenen bewegen: auf einer globalen Ebene und auf einer Ebene, die einen direkten Bezug zu speziellen Kontexten besitzt.

Der wichtigste Versuch einer globalen Rechtfertigung geht aus der Doktrin der Nationalen Sicherheit (*Doctrina de la Seguridad Nacional*: DSN) hervor. Sie wurde in Iberoamerika von den Generälen Golbery do Couto e Silva (Brasilien), Jorge Atencio (Argentinien) und Augusto Pinochet (Chile) vorgelegt. Die dieser Doktrin zugrundeliegende Vorstellung leitet sich vielleicht unbewußt von Hobbes her und besteht darin, zu behaupten, daß ein dauernder Krieg stattfindet, der die Unterordnung der Individuen und Gruppen unter den Staat erforderlich macht. Die Kunst des Regierens muß die Geopolitik berücksichtigen und muß sich als eine militärische, eine strategische Aufgabe begreifen. Das Gemeinwohl, das höchste Ziel des Regierenden, ist die nationale Sicherheit. Sogar die wirtschaftliche Entwicklung rechtfertigt man mit Bezug auf die Sicherheit.<sup>4</sup> Aber der Krieg, vor dem der Regierende als Strategie steht, ist kein konventioneller Krieg der Vergangenheit. Es ist ein anderer Krieg. Sein berühmtester Verfechter ist der französische Oberst Roger Trinquier, ein Militär aus der Umgebung von General Raoul Salan gewesen. Es bleibt zu erinnern, daß dieser letztere die Organisation des Geheimen Heeres kommandierte, die eine terroristische Kampagne über die Bevölkerung Algeriens und Frankreichs hereinbrechen ließ während des Prozesses der Unabhängigkeit Algeriens zu Anfang der sechziger Jahre.

Das Buch Trinquiers wurde in Argentinien übersetzt, und es ist nicht übertrieben, die Vermutung zu wagen, daß es die Mentalität der Strategen des sogenannten "schmutzigen Krieges" beeinflusst hat.

Ich möchte hier einige bezeichnende Abschnitte aus Trinquiers Buch wiedergeben:<sup>5</sup>

---

3 Für eine Übersicht der internationalen Instrumente auf diesem Bereich in den Jahren 1919 bis 1985 s. Rodley, *The Treatment of Prisoners under International Law*, S. XIX-XX.

4 Cf. P. Berryman, *Liberation Theology*, New York 1987, S. 119.

5 Ich habe sie den Seiten 54 und 55 von G. Arriagada et al., *Seguridad Nacional y Bien Comun*, Santiago 1976, entnommen, der sie aus Coronel Roger Trinquier, *La Guerra Moderna*, Buenos Aires: Editorial Rioplatense, s.f. entnahm. Offensichtlich liegt das Publikationsdatum vor 1975, dem Jahr, in dem im gleichen Verlag ein anderes Buch Trinquiers mit dem Titel *Guerra, Subversión, Revolución* erschien. Cf. Arriagada, S. 54, n. 50.

... seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges ist eine neue Form des Krieges entstanden ... Der Krieg von heute ist der Zusammenprall einer Reihe von Systemen - ein politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und militärischer -, der dazu neigt, die in einem Land existierende Regierung zu zerstören, um sie durch eine andere zu ersetzen... Wir müssen endlich erkennen, daß wir in einem modernen Krieg nicht gegen eine bestimmte verstreute, bewaffnete Gruppe in einem bestimmten Gebiet kämpfen, sondern gegen eine gefährliche und gut bewaffnete Geheimorganisation, deren Hauptanliegen es ist, ihren Willen einer Bevölkerung aufzuzwingen. Den Sieg können wir nur erringen, wenn es uns gelingt, diese Organisation zu zerstören.

Die bevorzugte Waffe des Gegners ist nach Trinquier der Terrorismus, woraus er ein bestimmtes Vorgehen gegen den Terroristen ableitet: Wenn dieser überrascht und festgenommen wird,

ist das, was mit ihm geschieht, nicht die Strafe für seine Tat, für die er in Wirklichkeit nicht vollkommen verantwortlich ist, sondern es zielt auf die Auslöschung seiner Organisation oder auf ihre Kapitulation ...

Wenn jedoch eine diesbezügliche Information nicht augenblicklich gegeben wird, sehen sich seine Gegner gezwungen, sie durch Anwendung irgendeines Mittels zu erlangen... Der Terrorist muß lernen, diese Konsequenzen zu akzeptieren als eine Bedingung, die aufs Engste mit seiner Aufgabe und der Methode des Krieges verknüpft ist, die er und seine Vorgesetzten gewählt haben.

Andererseits besteht das Problem, herauszufinden, wer Terrorist ist und wer nicht, da die Gegner nicht einheitlich militärisch gekleidet sind. Hierfür spielen innerhalb der DSN die Nachrichtendienste eine grundlegende Rolle. Aufgrund ihres eigenen Zieles (der Zusammenstellung von Information) stellen diese Dienste das Instrument des Staates bei der Anwendung der Folter dar.

Man bemerke, daß die Argumentation Trinquiers zwei bezeichnende Elemente der Rechtfertigung einschließt. Eines ist die Not: "Seine Gegner sehen sich gezwungen". Die Tat des Terroristen erlaubt nichts anderes als die Erpressung von Informationen durch "irgendein Mittel", ein Euphemismus für die Anwendung von körperlichem und psychischem Zwang. Das zweite Element ist, daß der Terrorist "lernen muß, diese Konsequenzen zu akzeptieren", mit anderen Worten, der Terrorist weiß, was ihn erwartet. Deshalb können wir, indem wir den Text Trinquiers über seinen Wortlaut hinaus interpretieren, sagen, daß der Terrorist seine stille Einwilligung im voraus zu dem gibt, was die Sicherheitskräfte mit ihm anfangen werden.

Offensichtlich taugt diese Rechtfertigung (die sicherlich eine wesentlich ausführlichere Darstellung erfordern würde, als ich hier geben kann) nur soviel, wie ihre Prämissen taugen.

Das Argument, das darauf beruht, was ich "stille Einwilligung im voraus" genannt habe, gründet sich auf eine Analogie zur üblichen Praxis des Kampfes. So wie der Flieger weiß, daß er von der Luftabwehrartillerie getroffen werden kann, und der Infanteriesoldat sich bewußt ist, daß er vom Schrapnell seines Gegners hinweggefegt werden kann, so weiß auch der Terrorist, daß ihn die Folter erwartet.<sup>6</sup> Aber

---

6 Cf. Arriagada, S. 55.

diese Analogie ist sicherlich trügerisch, denn im Falle des Verhörs, auf das sich Trinquier bezieht, handelt es sich um jemanden, der nicht im Kampf steht, der also "hors de combat" ist. Deswegen muß auf diesen Fall der Artikel Nr. 3 der Genfer Konvention angewendet werden, der ausdrücklich grausame Behandlung und Folter verbietet.

Auf diese Weise philosophisch gegen die Folter zu argumentieren, heißt indes, die Genfer Konvention als moralisch gültige Prinzipien anzuerkennen (was mir vollkommen vernünftig erscheint), aber es heißt zugleich, die These der DSN über die neue Form des Krieges zu akzeptieren.

Meiner Meinung nach ist es diese These, die dringend zurückgewiesen werden muß. Gewiß existiert der Terrorismus, sicherlich ist die Subversion ein Phänomen, das nicht nur in Iberoamerika, sondern auch in Europa genügend verbreitet ist. Darüberhinaus betreffen sie gleichermaßen die Diktaturen und die legitim eingesetzten Demokratien. Jedoch rechtfertigt dies nicht, daß man von einem Kriegszustand spricht.

Eine Situation mit dem Prädikat "Kriegszustand" zu versehen oder nicht, hängt offensichtlich von der Definition ab, die wir diesem Terminus geben. Der sprachlichen Freiheit, ein Wort in einem besonderen Sinn zu benützen, können wir ohnehin keine Grenze setzen. Das einzige, was man tun kann, ist, die Folgen einer Neudefinition dieses Terminus zu beachten. Wenn die Übernahme eines neuen Kriegsbegriffes als realen Effekt die Verwischung fundamentaler Rechte der Mitglieder einer Bevölkerung nach sich zieht bis zu dem Punkt, an dem sich die eigene Regierung als ebenso oder noch gefährlicher als der Gegner herausstellt, dann dürfen wir diesen neuen Begriff des Krieges nicht akzeptieren.

Eine Gesellschaft hat sicherlich das volle Recht, sich gegen den Terrorismus zu wehren, aber sie darf die Besonnenheit nicht verlieren. Die Instrumente sollten so beschaffen sein, daß sie nicht noch größere Risiken herausfordern. Wenn in diesem Sinne das gewöhnliche Strafrecht und der traditionelle Rechtsweg sich als ungeeignet herausstellen (z.B. weil sie den Schuldigen zu kurze Freiheitsstrafen auferlegen, so daß diese nach einiger Zeit in der Lage sind, ihre Taten zu wiederholen), ist es sinnvoll, eine speziell antiterroristische Gesetzgebung einzuführen, die sich trotz ihrer Strenge an die grundlegenden Rechtsprinzipien hält, die es erlauben, Argumente zugunsten der Notwendigkeit der Folter und des im voraus gegebenen Einverständnisses zu verbannen.

Viele Leute, die die DSN ablehnen, akzeptieren jedoch auf einer speziellen Ebene ein Argument, das in akademischen Kreisen Nordamerikas einiges Prestige erworben hat. Man pflegt es mit einem Beispiel der folgenden Art vorzustellen: Nehmen wir an, daß ein Terrorist in einer Großstadt eine Atombombe deponiert hat, die Millionen von Opfern fordern wird. Nur er weiß, wo sie sich befindet. Der Terrorist wird festgenommen und weigert sich, den Standort der Bombe anzugeben. Ist es gerechtfertigt, daß die Polizei ihn foltert, bis er den Ort verrät? Die gemeinhin akzeptierte Antwort lautet, daß es nicht nur zulässig ist, von Zwangsmitteln Gebrauch zu machen. Es gibt sogar einige, die noch weiter gehen und behaupten, daß die öffentliche Gewalt in diesem Fall verpflichtet ist, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Es nicht zu tun, deute auf einen Mangel an moralischem Mut hin.

Diese Art, Taten zu rechtfertigen, ist nicht nur Stoff für rein akademische und hypothetische Spekulationen geblieben, sondern wurde auch zur Rechtfertigung rea-

ler Fälle von Folter vorgebracht. Als Beispiel möchte ich einen Artikel zitieren, der am 8. März 1987 in der Tageszeitung La Prensa von Buenos Aires erschienen ist und in dem der Journalist Michael Schoenfeld neben anderem behauptet: Die Methode, den Verdächtigen, die zu organisierten Zellen gehören, Geständnisse zu entreißen, einschließlich der Folter, sei bedauerlicherweise gerechtfertigt, denn Geständnisse dieser Art in einem nationalen Notfall eines nicht-konventionellen Krieges könnten verhindern, daß neue "Operationen" von Kriminellen, Partisanen oder Terroristen begangen werden.

Wenn man den Aufruf der DSN beiseite läßt, zeigt das so referierte Argument die gleiche Struktur wie das, welches dem imaginären Fall zugrunde liegt: Man rechtfertigt eine Tat als in sich zulässig, wenn sie begangen werden muß, um ein größeres Übel zu verhindern.

Ist dieses Argument akzeptabel? An erster Stelle muß man bedenken, daß ein solches Argument den Weg zu einer massiven Rechtfertigung von Übergriffen ebnet. Es genügt, die möglichen Konsequenzen mit ausreichend dramatischen Worten auszumalen, damit jeder Akt zulässig erscheint, den man unternimmt, um sie zu unterbinden. Wenn ein Terrorist Dutzende von Soldaten oder Zivilisten töten kann, warum soll man ihn dann nicht gleich töten? Wenn die Zelle, zu der dieser Terrorist gehört, fähig ist, Dutzende von Bomben zu werfen, warum soll man ihre Mitglieder nicht jetzt quälen, damit sie ihre Genossen denunzieren und so diese Bomben nicht geworfen werden können? Und wenn sich dabei ein Irrtum ereignet und die gefolterte oder tote Person kein Terrorist war, hat dann nicht die öffentliche Gewalt rechtmäßigerweise in Verfolgung des Gemeinwohls gehandelt? Ist es nicht vielleicht unvermeidlich, daß ein unschuldiges Individuum zuweilen ein großes Opfer für das Wohl der ganzen Gemeinschaft bringen muß?

Offensichtlich wurden in vertraulichem Rahmen Entschuldigungen der beiden letzten Typen von den Oberkommandierenden der argentinischen Streitkräfte vorgebracht, als sie sehen mußten, daß Hunderte von verschwundenen Personen nichts mit den subversiven Organisationen (ERP, Montoneros) zu tun hatten, die den offiziellen Gegner darstellten.

Meiner Meinung nach sind diese Argumentationsketten völlig inakzeptabel. Um dies zu zeigen, werde ich zwei Typen von Argumenten entwickeln. Der erste wird mit dem Begriff des Gemeinwohls, der zweite mit der Idee der moralischen Verantwortlichkeit zu tun haben.

Der wichtigste Grund, um zu behaupten, daß die Verpflichtung der öffentlichen Gewalt, über das Gemeinwohl zu wachen, den Gebrauch der Folter nicht rechtfertigt, ist, daß er einen Begriff von Gemeinwohl einführt, der logisch unabhängig ist von den Individuen, die zu ihm gehören. Mit anderen Worten: Die Menschenrechte der Individuen, die eine Gemeinschaft bilden, sind Teil des Wohls dieser Gemeinschaft. Das Recht eines Mitglieds der Gemeinschaft zu verletzen, z.B. sein Recht auf körperliche oder geistige Unversehrtheit, kommt der Verletzung eines Gutes gleich, das das Vermögen der ganzen Gemeinschaft darstellt. In der Tat steht unter den Dingen, die der Mühe wert sind, Mitglieder einer politischen Gemeinschaft zu sein, ohne Zweifel die Garantie, daß alle Mitglieder dieser Gemeinschaft hoffen können, daß ihnen niemand Schmerz zufügt, so sehr auch vorgegeben wird, daß dieser Schmerz der Gemeinschaft nützen wird. Eine Gemeinschaft vernünftiger Menschen



wird dies grundsätzlich ablehnen, das heißt sie wird die Menschenrechte als mitdefinierte Faktoren des Gemeinwohls betrachten.<sup>7</sup>

Wenn das Vorhergehende stimmt, dann ist ein Akt der Folter niemals zu rechtfertigen. Aber heißt dies nicht auch, sich als blind gegenüber den Übeln zu erweisen, die die subversive Bewegung hervorbringen kann? Gibt es nicht vielleicht das Phänomen der "schmutzigen Hände", das heißt jene Situation, in der die Autorität keine andere Möglichkeit mehr sieht, als etwas Unmoralisches zu tun, um größere Schäden abzuwenden?

Gewiß gibt es im menschlichen Dasein viele tragische Situationen, aber ich halte es für einen Irrtum zu denken, daß jemand, sei es als Individuum oder als Obrigkeit, für alles Übel, was in Verbindung mit den eigenen Taten geschehen kann, verantwortlich ist.

Zur Illustration der Argumentationsfolge, die ich entwickeln möchte, ist es nützlich, ein anderes fiktives Beispiel zu erwähnen, daß öfters in Gesprächen über Ethik in den Vereinigten Staaten aufzutauchen pflegt.

Das Beispiel lautet mehr oder weniger so: Ein Tyrann hat zehn Geiseln in seine Gewalt gebracht und befiehlt einem von ihnen, er solle einen der anderen neun töten, andernfalls würde er selbst darangehen, die restlichen acht Geiseln zu töten.

Der Zweck dieses imaginären Falles besteht offensichtlich darin, das kleinere Übel (den Tod eines Individuums) dem größeren Übel (dem Tod von acht Menschen) gegenüberzustellen. Das Zahlenverhältnis kann nach Belieben verändert werden (wie in dem Beispiel mit der Bombe) - oder man kann in die Zahl derjenigen, die von der Hand des Tyrannen getötet werden, auch den einschließen, der von der ersten Geisel getötet werden sollte, und damit die Wahl im Hinblick auf ihn gleichgültig machen, da er in dem einen oder dem anderen Fall sterben wird. In Übereinstimmung mit dem Argument, das ich hier kritisieren möchte, wäre die Antwort, daß die richtige Entscheidung die der schmutzigen Hände wäre: daß die erste Geisel die andere Geisel töten sollte. Die erste Geisel würde dadurch ein größeres Übel vermeiden, indem sie etwas täte, was unter normalen Umständen unzulässig, in diesem Fall jedoch zulässig wäre.

Was diese Art von Argumenten vorbringt, ist eine Art abstrakter Rechnung mit Vor- und Nachteilen (einen Tod gegen acht oder neun andere), wobei nicht in Betracht gezogen wird, daß in der realen Welt die Übel, die von menschlichen Wesen verursacht werden, mit den Personen, die sie vollbringen, eng verknüpft sind. Man muß nicht nur in Betracht ziehen, wieviel Übles eine Tat oder eine Unterlassung mit sich bringen kann, sondern auch, wer in dem einen oder anderen Fall die betreffenden Übel verursachen wird. Es ist sicherlich vernünftig zu denken, daß ein Individuum für die Übel, die es selbst verursacht, verantwortlich ist, jedoch nicht für die Schäden, die andere verursachen, sonst wären wir jederzeit irgendeiner Art von Erpressung ausgesetzt. In der Tat besteht eine der allgemeinen Formen der Erpressung darin, eine Person zu nötigen, etwas gegen ihren Willen zu tun unter der Drohung, daß im Falle der Weigerung etwas noch Schlimmeres geschehen wird.

Im Falle des Tyrannen-Beispiels muß derjenige unter den Geiseln, der aufgefordert wird, den anderen zu töten, in Betracht ziehen, daß er (natürlich mit gewissen

---

7 Für eine eingehende Beschäftigung mit diesem Gedanken sollte man John Finnis, *Natural Law and Natural Rights*, Oxford 1980, S. 210 ff. konsultieren.

Einschränkungen) verantwortlich am Tod der anderen Geisel ist. Aber es muß sehr klar herausgestellt werden, daß er nicht für den Tod der acht oder neun restlichen Geiseln verantwortlich ist, falls er sich weigert, einem von Natur aus unmoralischen Befehl zu gehorchen. Dies müßte genügen, um klar zu erkennen, daß, wenn er die andere Geisel umbrächte, er etwas Unmoralisches tun würde, was auch immer der Tyrann selber später tun würde. Die Entscheidung des Tyrannen ist in moralischer Hinsicht unabhängig von der seinen.

Es ist jedoch illusorisch zu denken, daß eine Erpressungssituation einen Kausalzusammenhang zwischen den Taten des Erpreßten herstellt und den Taten, die der Erpresser droht, selbst zu begehen. In dem erwähnten Beispiel könnte zudem dieser letztere seine Meinung ändern, oder vielleicht hatte er von Anfang an geblufft, oder vielleicht werden die Geiseln befreit usw.

Dies führt zu dem Schluß, daß das Argument der schmutzigen Hände abgelehnt werden muß. Die öffentliche Gewalt ist verpflichtet, Schäden von der Gemeinschaft abzuwenden, aber es ist nicht zulässig, daß sie dies erreicht, indem sie Schäden einer anderen Kategorie hervorruft. Für alle Individuen und für alle Gemeinschaften muß als oberstes Prinzip gelten, daß eine grundsätzliche Differenz zwischen der Hervorbringung von Übeln und ihrem Erleiden besteht. Es ist traurig zu sagen, daß man manchmal Übel erleiden muß, die aus Dummheit oder Bösartigkeit einiger Individuen entstanden sind. Man muß versuchen, sie zu verhindern, aber wenn das einzige Mittel, um sie zu verhindern, das wäre, etwas Unmoralisches zu tun (und überdies zu vergessen, daß die Annahme, daß die einzige Möglichkeit, derartige Übel zu vermeiden, eine unmoralische Tat ist, sehr oft nur illusorisch ist), dann gibt es keinen anderen Ausweg, als diese Übel zu ertragen.

Damit habe ich auf dem Gebiet der Ethik der Folter eine zentrale Position innerhalb der Tradition des europäischen Naturrechts verteidigt. Ich habe behauptet, daß die Personen in diesem Fall ein absolutes Recht besitzen, nicht gefoltert zu werden und daß dies ein Recht ist, das auch die Justiz respektieren sollte, auch "wenn die Welt unterginge".

Ich habe darüberhinaus behauptet, daß jedes konsequentialistische Argument, um die Folter zu rechtfertigen, unannehmbar ist und daß, wie schon vor langer Zeit Sokrates behauptet hatte, es vorzuziehen ist, eine Ungerechtigkeit eher zu erdulden, als sie zu begehen. Ich habe indes die beste Verdeutlichung dieser Ethik aus dem Munde von jemandem gehört, der aufgrund seines Amtes vor einer wahrhaft tragischen Wahl stand und die richtige moralische Entscheidung traf.

Das Buch *Nunca Más* (i.e. 'Niemals wieder'), das eine Information der Nationalen Kommission über das Verschwinden von Personen von Argentinien enthält (veröffentlicht in Buenos Aires 1984), beginnt mit dem folgenden Abschnitt:

In den siebziger Jahren wurde Argentinien von einem Terror geschüttelt, der sowohl von der extremen Rechten als auch von der extremen Linken herrührte, ein Phänomen, das auch in vielen anderen Ländern aufgetreten ist. So geschah es in Italien, das während langer Jahre unter der unbarmherzigen Herrschaft der faschistischen Organisationen leiden mußte, unter den Roten Brigaden und ähnlichen Gruppen. Aber diese Nation wich nicht einen Moment lang von den Rechtsprinzipien ab, um diese Gruppen zu bekämpfen, was sich als absolut wirksam erwies; sie garantierte den Angeklagten in ordentlichen Gerichtsverfah-

ren eine gerichtliche Verteidigung. Und im Falle der Entführung Aldo Moros, als ein Mitglied des Sicherheitsdienstes dem General Della Chiesa vorschlug, einen Gefangenen zu foltern, der viel zu wissen schien, antwortete dieser mit den denkwürdigen Worten: "Italien kann sich erlauben, Aldo Moro zu verlieren. Es kann sich jedoch nicht erlauben, die Folter einzuführen".

Im Dialog zwischen Europa und Iberoamerika fand auf dem Gebiet, welches ich hier behandle, ein sowohl positiver als auch negativer Austausch statt. Ich habe versucht zu zeigen, daß die DSN mit ihren verhängnisvollen Konsequenzen sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf gewissen europäischen Ideen hinsichtlich des Wesens des modernen Krieges gründet. Aber wir haben auch eine Tradition des moralischen Denkens empfangen, die es uns erlaubt, die These zu stützen, daß die Menschen einige unumschränkte Rechte besitzen, die niemals im Namen wohltätiger Folgen, des allgemeinen Nutzens oder des Gemeinwohls verletzt werden dürfen. Hoffen wir, daß in der Zukunft dieses zweite europäische Erbe den Sieg über das erste davontragen wird.